

Offener Brief an die Bundeskanzlerin

SEHR GEEHRTE FRAU DR. MERKEL,

wir, die Ärzte und Ärztinnen der Universitätsmedizin, des Katholischen Klinikums und des DRK Schmerz-Zentrums Mainz sowie viele Einwohner aus Mainz, sind in großer Sorge. Die Belastungen der Menschen in Ballungsräumen wie Rhein-Main nehmen stetig zu. Als einer der wichtigsten, aber vermeidbaren, Stressfaktoren erweist sich hierbei mehr und mehr der Fluglärm.

Insbesondere nach Inbetriebnahme der neuen Landebahn sind die Mainzer und anliegende Gemeinden durch die unglaubliche Lärmzunahme schockiert. Hierzu haben auch neuere wissenschaftliche Publikationen beigetragen, die die gesundheitsgefährdenden Wirkungen von Fluglärm klar belegen.

Unserer Meinung nach bedarf es einer substanziellen Verbesserung des aktiven Lärmschutzes sowie einer deutlich stärkeren Beachtung und Anstrengung zur Reduzierung des Lärms, als dies bisher geschehen ist.

Besonders betroffen von der zunehmenden Lärmbelastigung durch die Etablierung der neuen Landebahn mit bis zu 250.000 zusätzlichen Flugbewegungen/Jahr im Jahr 2020 werden Mainz und die anliegenden Gemeinden sein. Hierbei wird der Durchschnittsschallpegel um bis zu 10 dBA auch über dem Gelände der Universitätsmedizin, des Katholischen Klinikums und des DRK Schmerz-Zentrums Mainz bei Ostwind zunehmen. Das bedeutet, dass sich die Schalldruckpegel verzehnfachen (!) werden und die empfundene Lautstärke sich mehr als verdoppeln (!) wird. Ähnliche zusätzliche Lärmbelastungen sind bei Westwind vorhergesagt worden.

Alle Kliniken, die in der direkten Verlängerung der neuen Nordwest-Landebahn liegen, werden somit in Zukunft drastischen, ganztägigen Fluglärmsteigerungen unabhängig von der aktuellen Windrichtung ausgesetzt sein.

Die Weltgesundheitsorganisation hat klare Lärm-Richtlinien geschaffen und 35dB LAeq in Räumen und 45dB LAeq auf Klinikgeländen, Schulen, Altenheimen und Kindergärten als Lärmgrenzen angegeben.

Mit der aktuellen, brutalen Verlärmung gefährden wir den Genesungsprozess schwerkranker

Patienten, die aus ganz Rheinland-Pfalz nach Mainz kommen, um hier behandelt zu werden.

Darüber hinaus erwarten wir mehr Herzinfarkte, Schlaganfälle, Depressionen und Entwicklungsstörungen unserer Kinder, die durch einen adäquaten Lärmschutz vermeidbar wären.

Diese Entwicklungen sind nach unserer Überzeugung völlig inakzeptabel, und wir fordern Sie, die Bundesregierung sowie die in Hessen und Rheinland-Pfalz politisch Verantwortlichen auf, alles in Ihrer Macht stehende zu tun, damit gesundheitlicher Schaden für die Bevölkerung und eine erhebliche Mehrbelastung der Patienten durch Fluglärm sofort unterbunden werden.

Speziell fordern wir:

1) Die Einführung eines kompletten Nachtflugverbots in der gesetzlichen Nachtzeit und den Schutz der Tagesrandstunden, und zwar in der gesetzlich vorgeschriebenen Zeit von 22 bis 6 Uhr morgens und nicht wie vorgesehen von 23 Uhr bis 5 Uhr morgens.

2) Einen sofortigen Überflug-Stopp der Kliniken in Mainz. Als erste Maßnahme muss ein sogenannter Curved-Approach, der aktuell nur für Nachtflüge geplant ist, als Zwischenlösung eingeführt werden, um damit den Lärm über den Kliniken deutlich zu reduzieren.

3) Eine sofortige Anhebung der Flughöhen der landenden Flugzeuge, die gerade dramatisch abgesenkt wurden, und damit die Verlärmung der Gemeinden in unzumutbarer Weise gesteigert haben.

4) Ein neues Fluglärmschutzgesetz, das den Namen Lärmschutzgesetz auch verdient und die Menschen, nicht aber den Fluglärm, schützt. Es kann nicht angehen, dass mit mathematischer Akrobatik hier die Verlärmung der Bevölkerung legitimiert wird.

5) Eine Gesetzesinitiative für den aktiven Schallschutz, der schonende An- und Abflugverfahren für die betroffenen Kliniken ermöglichen soll. Hier sollte insbesondere der kontinuierliche Sinkflug zum Einsatz kommen, der ja z.B. in Heathrow mit großem Erfolg eingesetzt wird und uns hier bisher aus unverständlichen Gründen vorenthalten wird. Wenn der alleinige Grund, das Verfahren

nicht einzuführen, damit verbundene Kapazitätseinbußen sind, ist dies aufgrund der Gesundheitsgefährdung menschenverachtend und als Begründung absolut inakzeptabel.

6) Die gesetzliche Verpflichtung der Luftverkehrsindustrie und der Behörden, alle aktuell verfügbaren technischen und organisatorischen Möglichkeiten zu nutzen, um die Lärmbelastungen auf einen gesundheitlich unbedenklichen Wert zu reduzieren. Ist ein Flugzeug zu laut, ist es nicht mit einer Strafe getan und das Starten und Landen in Frankfurt ist zu verbieten.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, wir bitten Sie uns diese Punkte zu beantworten und nicht auf das Mediationsverfahren hinzuweisen, da Sie als Bundeskanzlerin für die Einhaltung des Grundgesetzes verantwortlich sind, das das Recht auf körperliche Unversehrtheit garantiert (Art 2 GG).

Wir laden Sie hiermit zu uns nach Mainz ein, um einen dringend notwendigen Dialog zur Lösung dieses Anliegens zu beginnen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Stephan von Bardeleben (UM)

Prof. Dr. Manfred E. Beutel (UM)

Dr. Christina Butsch (UM)

Dr. Florian Butsch (UM)

Prof. Dr. Peter R. Galle (UM)

Prof. Dr. Roland Hardt (KKM)

Prof. Dr. Achim Heintz (KKM)

Prof. Dr. Michael Huss (UM)

Prof. Dr. Karl-Friedrich Kreiner (UM)

Prof. Dr. Karl J. Lackner (UM)

Prof. Dr. Stephan Letzel (UM)

Prof. Dr. Wibke Müller-Forell (UM)

Prof. Dr. Thomas Münzel (UM)

Prof. Dr. Gerd Otto (UM)

Prof. Dr. Norbert Pfeiffer (UM)

Prof. Dr. Matthias J. Reddehase (UM)

Prof. Dr. Dr. Pol Maria Rommens (UM)

Prof. Dr. Dr. Helmut Schinzel (UM)

Prof. Dr. Heinz Schmidberger (UM)

Prof. Dr. Dr. Detlef Schuppan (UM)

Prof. Dr. Dr. Reinhard Urban (UM)

Prof. Dr. Christian-Friedrich Vahl (UM)

Prof. Dr. Dr. Wilfried Wagner (UM)

Prof. Dr. Matthias M. Weber (UM)

Prof. Dr. Christian Werner (UM)

Prof. Dr. Fred Zepp (UM)

Peter Ditsch

Michael Ebeling

Prof. Dr. Rudolf Hammerschmidt

Dr. Dieter Röhmheld

Werner Scheibenpflug

Susanne Vahl

Doris Ahnen, Staatsministerin

Malu Dreyer, Staatsministerin

Ulrike Höfken, Staatsministerin